

# Die Welt

Salbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Verlag Dr. Friedrich Cramer, Berlin SW 61, Lantowstraße 2-3 • Verantwortlich für die Schriftleitung:  
Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau, Mühlrose 2 • Druck: Westring-Druckerei G. m. b. H., Berlin-  
Lichtenrade, Kollateur 7 • Erscheint monatlich zweimal. Postbeleg vierteljährlich RM. 0,90, Einzel-  
nummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr • Anzeigenpreisliste 3 • J. v. B. g. • Alle Zuschriften  
sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Weststr. 46 (Fernruf B 5 Borsdorffs 0914) zu richten

Nr. 9

Berlin, den 1. Mai 1936

17. Jahrgang

## Das Volk und die Elite

Die den polnischen Staat beherrschende Oberschicht hat keine Fühlung mit den breiten Schichten des Volkes. Es fehlt ihr ein vermittelndes Organ, das diese Verbindung herstellen könnte. Früher bestand der „Unparteiliche Block“ für die Zusammenarbeit mit der Regierung“, der jedoch in den sechs Jahren seines Bestehens die ihm zugedachte Aufgabe nicht zu lösen vermochte. Es war damals so, wie es einmal ein führendes Mitglied der Oberstengruppe ausgedrückt hat: „Wir wissen, daß das Volk nicht hinter uns steht; aber niemand weiß, wo es steht“. Als Pilsudski noch lebte, fiel dieser Mangel nicht so schwer ins Gewicht. Die Autorität des Marschalls war groß genug, um der in seinem Namen regierenden Oberschicht eine gewisse Resonanz im Volke zu sichern und die der Regierung feindlichen Kräfte niederzuhalten. Das ist mit dem Tode des Marschalls anders geworden. Das Pilsudskisystem hat wohl die Aufgabe, aber nicht die Autorität des Marschalls geerbt. Es ist darauf angewiesen, sich irgendwie organisatorisch im Volk zu verurzeln. Die noch zu Lebzeiten Pilsudskis zustandgekommene neue Verfassung hat sich hierzu noch nicht als geeignet erwiesen. Es ist der Regierung freilich gelungen, die oppositionellen Parteien aus Sejm und Senat zu entfernen. Aber letzten Endes hat die Zusammensetzung dieser Körperschaften nach dem Muster des Einparteiensystems nur eine verstärkte Abkapselung der Oberschicht vom Volke zur Folge gehabt. Den alten Parteien, die bei den Wahlen im letzten Herbst nicht mehr zum Zuge kamen, hat die Ausschaltung aus den parlamentarischen Körperschaften nichts anhaben können. Ihr Leben spielt sich abseits der Sphäre der regierenden Oberschicht ab, und sie gedeihen dabei nicht schlecht. Sie besitzen die Fühlung mit den Massen des Volkes, um die sich die Oberschicht bisher vergebens bemüht hat.

Die beiden Elemente, die das politische Denken des polnischen Volkes bewegen, sind auf der einen Seite der nationale, auf der anderen der soziale Radikalismus. Diesen Elementen hat die in sich uneinige regierende Oberschicht keine eigene Idee und kein eigenes Dogma entgegenzustellen. Sie hat der Tatsache, daß nicht unbeträchtliche Kreise, die sich zu Lebzeiten des Marschalls zum Regierungslager bekannten, in die beiden radikalen Oppositionslager abzuwandern begannen, bisher ziemlich ratlos gegenübergestanden. Vor allem ist die Jugend dem Einfluß der Oberschicht nahezu reiflos entglitten. Den Versuch der Oberstengruppe, auf der Grundlage des Lebenswerkes des Marschalls eine die Kräfte des Staates zusammenfassende Ideologie zustandezubringen, kann man als gescheitert betrachten. Von den im Regierungslager bestehenden Gruppen scheint gerade die Oberstengruppe, obwohl sie mit dem Werke des Marschalls zweifellos am engsten verbunden ist, diejenige Gruppe zu sein, die die geringste Eignung besitzt, die das System stützenden Brücken zum Volke zu schlagen. Aus den Reihen der Oberstengruppe stammt die im

vergangenen Jahre gefällig niedergelegte Idee der „Elite“, die, einem vielleicht berechtigten Mißtrauen in die politische Zielsicherheit des polnischen Volkes entspringend, auf dessen Ausschaltung von der Mitarbeit an den Aufgaben des Staates hinausläuft.

Eine andere Haltung nimmt in dieser Frage der in der Regierung Koscialkowski maßgebende linke Flügel des ehemaligen Pilsudskiblocks ein. Der Ministerpräsident selbst ist von der Notwendigkeit überzeugt, seiner Regierung eine breitere Basis im Volke zu sichern. Erfolg hat er mit seinen dahingehenden Bemühungen bisher allerdings nur bei einem Teil der ukrainischen Parteiführer gehabt. Und bei diesen ist es nicht einmal sicher, welche Kreise ihres Volkes sie bei dem Versuch eines Ausgleichs mit der polnischen Regierung wirklich hinter sich haben. Mit der bäuerlichen Volkspartei sind seit Monaten Verhandlungen im Gange, die noch zu keinem Ziel geführt haben. Es scheint, daß die Führer der Volkspartei ihre Zusammenarbeit mit der Regierung nicht nur von der Durchführung gewisser agrar-sozialer Maßnahmen, sondern auch von der Zusage Koscialkowskis, die Macht der Oberstengruppe zu brechen, abhängig machen. Vorerst hat Koscialkowski die Volkspartei, in deren Lager ein großer Teil des polnischen Bauerntums Rußischpolens und Galiziens steht, noch nicht gewonnen; wohl aber hat er die Oberstengruppe schon so gut wie verloren.

Es ist damit zu rechnen, daß die alte, leidige Frage der Wahlordnung zu Sejm und Senat in absehbarer Zeit wieder aufgerollt wird. Zweifel an der Zweckmäßigkeit dieser Wahlordnung tauchten schon kurz nach den vorjährigen Herbstwahlen auf. In Kreisen, die der Regierung nahestehen, wurde schon damals versucht, daß das die einzigen Wahlen gewesen sein werden, die nach der von der Regierung des Obersten Stanel aufgestellten Ordnung durchgeführt worden sind. Ob hinsichtlich einer Reform des Wahlrechts schon feste Pläne bestehen, ist nicht bekannt. Aber das hält man in Polen für sicher, daß, wenn wieder einmal gewählt wird, wieder alle Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten) die Möglichkeit haben werden, ihre Vertreter in die gesetzgebenden Körperschaften zu schicken. Die Frage ist nur, ob und wann wieder einmal gewählt werden wird. Und eine andere, heute noch nicht zu beantwortende Frage ist die, ob dann auch die Volksgruppen wieder das Recht haben werden, ihre eigenen Vertreter zu wählen.

Wichtiger als die schleppenden Verhandlungen mit der Volkspartei und als die theoretischen Erörterungen über das Wahlrecht sind die derzeitigen praktischen Versuche der Regierung, den im Herbst vorigen Jahres aufgelösten „Unparteilichen Block“ durch eine neue, schlagkräftigere Organisation zu ersetzen. Es ist auf die Dauer ein unmöglicher Zustand, daß die Regierung das Feld der politischen Propaganda der Opposition überläßt und die Beeinflussung des Volkes im Sinne der regierenden Oberschicht mehr oder weniger den staatlichen Verwaltungsstellen zuschiebt. Die letzten Unruhen und Straßenkämpfe, die in Lschinstochau, Krafau und Lemberg 20 Tote und 200 Verletzte gekostet haben, haben gezeigt, wohin die Entwicklung treibt, wenn die Regierung, wie sie es bisher getan hat, darauf verzichtet, das Volk gegen das Gift der zersetzenden Propaganda durch eine eigene ideelle Offensive zu immunisieren. Es genügt für eine regierende Oberschicht auf die Dauer nicht, den Staat zu beherrschen; sie muß auch die Seelen zu meistern verstehen. Hierzu aber bedarf sie zunächst einer Idee, und dann eines Apparates, der mit seinen organisatorischen Verzweigungen in die Tiefen des Volkes hineinreicht.

Am 18. April fand in Warschau eine außerordentliche Tagung der „Föderation der polnischen Verbände der Vaterlandsverteidiger“ statt, auf der eine Entschlieung gefaßt wurde, in der es u. a. heißt: „Wir stellen fest, daß es eine brennende Notwendigkeit ist, ein politisches Lager mit einem klaren, der Ideologie des Marschalls Pilsudski gemäßen Programm unverzüglich ins Leben zu rufen“. Die „Föderation“ hat sich der Regierung Koscialkowski als politisches Instrument zur Verfügung gestellt. Es wird ihr nicht leicht fallen, dem Radikalismus von rechts und von links, der sich der zugkräftigsten Parolen bemächtigt hat, die propagandistische Beherrschung der Massen streitig zu machen. Die Regierung hat dem nationalen und dem sozialen Radikalismus aus ihrem eigenen geistigen Reservoir keine gleich wirksamen Parolen entgegenzusetzen. So wird die ideelle Offensive, die sie mit Hilfe der „Vaterlandsverteidiger“ plant, schließlich darauf hinauslaufen, daß sie bald bei der einen, bald bei der anderen oppositionellen Gruppe ihre propagandistischen Anleihen macht.

Das heißt: es ist mit einer fortschreitenden Ueberfremdung des Regierungslagers durch nationalradikale und sozialradikale Gedankengänge zu rechnen. Die inneren Widerstände gegen eine derartige Ueberfremdung sind außer in der Oberflengruppe nicht stark. Soweit es sich um eine geistige Auseinandersetzung handelt, ist die Regierung gegenüber der Opposition ohne Zweifel der schwächere Teil.

Darin läge für die Stabilität des polnischen Staates eine Gefahr, wenn nicht ein unbedingt zuverlässiger Faktor vorhanden wäre, der die innere Festigkeit und die innere Ordnung zu garantieren vermag. Das ist die Armee. Sie ist wirklich und im vollen Sinne des Wortes unpolitisch. Sie dient weder den Interessen einer Klasse noch der Weltanschauung einer Partei. Sie ist nichts anderes als polnisch-national. In den Fragen der Armee schweigen die politischen Gegensätze, die die Parteien bewegen. Ueber die Notwendigkeit, die Schlagkraft der Armee zu erhöhen, besteht Einigkeit zwischen allen politischen Lagern. Sie erfüllt die Aufgabe, die ihr der Marschall zugedacht hatte: Erzieherin zum Dienste an der Gesamtheit zu sein. Sie ist die einzige wirkliche Trägerin der Ideologie des Marschalls Piłsudski. Dr. K.

## Warschau und die kleinen Staaten

Es ist wohl das erste Mal, daß die polnische Außenpolitik selbständig eine Parole geprägt hat, die einen Teil der europäischen Staaten in Bewegung gesetzt hat: die Parole von der Solidarität der kleineren Staaten. Vor einiger Zeit war der Staatssekretär des lettlandischen Außenministeriums, Munters, in Warschau. Ihm folgte der norwegische Außenminister. Dann erwiderte von Jeeland den Brüsseler Besuch des Obersten Bekk. Und zu gleicher Zeit fuhr der polnische Ministerpräsident Koscialkowski nach Ungarn. Die Parole des Obersten Bekk hat Anklang gefunden: daß die für ein Land lebenswichtigen Fragen nicht ohne seine Teilnahme und Zustimmung verhandelt und gelöst werden sollen. Polen hat sich gegenüber den Großmächten zum Wortführer dieser Parole gemacht. Und mehrere der kleineren Staaten haben ihm, wie die erwähnten diplomatischen Besuche zu lehren scheinen, die Eignung zu dieser Rolle bestätigt.

Vor allem werden in der polnischen Öffentlichkeit die sich erfolgreich gestaltenden Beziehungen zu Belgien und Ungarn stark unterstreichen. Den Besuch des belgischen Außenministers hat die polnische Presse zum Anlaß genommen, um noch einmal die die beiden Staaten verbindenden Momente zu schildern. Vor allem ist dabei von der Ähnlichkeit der geopolitischen Lage Polens und Belgiens die Rede gewesen, zweier Staaten, die in gleicher Weise zwischen militärisch weit überlegene Großmächte eingeklemmt sind. Die Ähnlichkeit ihrer Lage, so hat es dann weiter geheißen, bedinge eine gewisse Parallelität der Methode und Laikur der Außenpolitik beider Länder. Es ist aber bemerkenswert, daß sich in den polnischen Pressekommentaren zu dem Besuche von Jeelands keine antifranzösische Note feststellen läßt. Die polnische Zusammenarbeit mit Belgien vollzieht sich, was man nicht übersehen darf, im Rahmen des französischen Bündnisystems. Die beiden Staaten haben durchaus nicht die Absicht, ihre Politik von Frankreich völlig zu lösen oder gar in irgendeine antifranzösische Front einzuschwenken. Sie wollen nichts anderes, als durch ihr gemeinsames Vorgehen Frankreich davon überzeugen, daß es auf dem besten Wege ist, sein altes, „berohärtes“ Bündnisystem zu zerstören. Wenn sie dabei auch noch Südflawien für ihr gemeinsames Vorgehen zu gewinnen versuchen, so deshalb, weil sie hoffen, zusammen mit diesem dritten Verbündeten Frankreichs dem Quai d'Orsay mit um so größerem Gewicht die Frage vorlegen zu können: Wir oder die Sowjets, was ist euch lieber?

Bei der polnischen Zusammenarbeit mit Belgien treten gefühlsmäßige Regungen hinter den nüchtern-sachlichen Ueberlegungen völlig zurück. Anders ist es im Verhältnis zwischen Polen und Ungarn. Der polnische Ministerpräsident Koscialkowski wurde in Ungarn mit einer geradezu überschwenglichen Freude empfangen. Es war dabei viel geschickte und durchaus zweckbewußte Regie, wenn sich auf allen Bahnhöfen, die der Zug mit den polnischen Gästen durchfuhr, die Delegierten der Städte

und Gemeinden und die örtlichen Vereine mit Fahnen und Musikkapellen aufgestellt hatten und wenn bei der Ankunft auf dem Bahnhof in Budapest inmitten einer mehrtausendköpfigen Menge die Frontkämpfer und nationalen Verbände und die Polizei in Gala zur Begrüßung aufmarschiert waren. Auch bei den offiziellen Veranstaltungen trat das Gefühlsmoment stark in Erscheinung: Es wurden beiderseits Orden verliehen; es wurde beschlossen, das Andenken des Marschalls Pilsudski durch die Aufstellung seiner Büste auf einem der öffentlichen Plätze der ungarischen Hauptstadt zu ehren; dem polnischen Ministerpräsidenten wurde „im Namen der ungarischen Nation“ ein Dolch des Generals Bem überreicht, den dieser polnische Nationalheld (der übrigens deutscher Abstammung war) auf dem Sterbebett seinem ungarischen Adjutanten geschenkt hat; und vor allem wurden viele schwingvolle Reden auf „die tausendjährige Freundschaft“ gehalten. Die Ungarn wissen, wie man mit Gästen, von denen man etwas haben will, umgehen muß.

Ungarn ist im Verhältnis zu Polen der werbende Teil. Alles was es tut, ist von dem Gedanken an eine Revision seiner Grenzen diktiert. Hierbei erwartet es die polnische Hilfe. Die Kammer, die durch Licianon um den zerstückelten Staat gelegt wurde, hat sich gelockert; die Kleine Entente hat ihren Schrecken verloren. Ungarn ist immer so stark, wie die Hilfe, die ihm von den Widersachern dieses Verbandes der kleinen „Sieger“ gewährt wird. Seine Hoffnung auf Polen ist um so größer, je weiter sich Prag und Warschau von einander entfernen. Es ist kein Geheimnis mehr, daß man in Warschau zu der ungarischen Revisionsforderung positiv eingestellt ist. Aber man hält es dort nicht für angebracht, sich für diese Forderung zu engagieren. So ist es kein Wunder, daß die verantwortlichen Kreise in Polen sehr sichtbar von einer Kundgebung des „Verbandes zur Förderung des polnischen Staatsgedankens“ abgerückt sind, in der die Revision der Grenzen im Donauraum und vor allem die teilweise Aufteilung der Tschechoslowakei zugunsten Ungarns befürwortet wurde.

Welche praktischen Erfolge der Besuch Koscialkowskis, abgesehen von der Unterzeichnung verschiedener wirtschaftspolitischer Abkommen, gehabt hat, ist nicht bekannt. Im offiziellen Communiqué wird nur gesagt, daß volles Einvernehmen über alle besprochenen Probleme erzielt worden sei, und daß diese Tatsache zweifellos „zu einer Befestigung der Beziehungen beitragen werde, die Polen und Ungarn seit Jahrhunderten so glücklich mit einander verbinden“. Gefühlsmäßige und politisch-reale Momente wirken in gleicher Weise auf eine Festigung der polnisch-ungarischen Beziehungen hin. Im Verhältnis zu Belgien ist es dagegen lediglich die rein sachliche Erwägung, daß sich die Kleineren davor hüten müssen, im politischen Getriebe der Großen zerrieben zu werden, die die politische Zusammenarbeit fördert. Was diese beiden Staaten anlangt, ist die polnische Außenpolitik in letzter Zeit ohne Zweifel erfolgreich gewesen. Von einer polnischen Führerstellung aber ist nicht die Rede. Diese Stellung wird Polen, soweit es sich um eine kritische Einstellung zu Frankreich handelt, im Verhältnis zu Belgien von England und im Verhältnis zu Ungarn von Italien streng gemacht. Es ist nicht so, daß Belgien gezwungen wäre, Polen zu folgen; sondern Polen gleicht sich zusammen mit Belgien der englischen Reserviertheit gegenüber der französischen Außenpolitik an. Und es ist auch nicht so, daß Ungarn darauf angewiesen wäre, sich vor den polnischen Interessen zu beugen, sondern Polen schaltet sich in die anti-deutsche Donaukonstruktion Italiens ein. Polen führt nicht. Es ist nur dabei. Und es gibt die Parole.

## Die Frage der Sprachprüfungen

Der Artikel 74 der Genfer Oberschlesienkonvention hat folgenden Wortlaut: „Die Zugehörigkeit zu einer völkischen, sprachlichen oder religiösen Minderheit darf von den Behörden weder nachgeprüft noch bestritten werden“. Diese eindeutige Bestimmung ist von polnischer Seite in bezug auf das Schulwesen der deutschen Volksgemeinschaft Oberschlesiens praktisch niemals anerkannt worden. Die polnischen Behörden haben von Anfang an den Erziehungsberechtigten das Recht streitig gemacht, ihre Kinder, soweit diese die deutsche Sprache nicht in ausreichendem Maße beherrschen, in deutsche Schulen zu schicken. Demgemäß haben die Behörden stets das Recht für sich

in Anspruch genommen, die deutschen Sprachkenntnisse der zu den Schulen der deutschen Volksgruppe angemeldeten Kinder nachzuprüfen. Der Artikel 74 gibt, indem er sowohl von „böhmischen“ wie von „sprachlichen Minderheiten“ spricht, zu erkennen, daß die Sprache, die einer spricht, kein eindeutiges Kennzeichen seiner böhmischen Zugehörigkeit ist. Er erkennt das subjektive Entscheidungsrecht der Erziehungsberechtigten grundsätzlich an. Die polnischen Behörden aber erbilden in der Tatsache, daß alljährlich eine gewisse Zahl von Kindern, von denen sie behaupten, daß sie die deutsche Sprache nicht beherrschen, von den Erziehungsberechtigten zu den deutschen Schulen angemeldet werden, eine unerlaubte „Germanisierung“. Sie weisen daher alljährlich einen beträchtlichen Teil der zu den deutschen Schulen angemeldeten Schulanfänger sowie der von den polnischen in die deutschen Schulen umgemeldeten Kinder gegen den Willen der Erziehungsberechtigten in die polnischen Schulen ein.

Von deutscher Seite wurde in der Frage der Schulanmeldungen von Anfang an die subjektive, von polnischer Seite stets die objektive Theorie vertreten. Weder konnten die wiederholten deutsch-polnischen Verhandlungen über diese Frage eine Einigung bringen, noch führte das mehrfache Eingreifen der internationalen Instanzen zu einer Überbrückung der Gegensätze. Das sogen. Genfer Schulkompromiß vom März 1927, durch das Sprachprüfungen durch neutrale Experten eingeführt wurden, bewährte sich nicht. Es wurde vom Haager Gericht als unzulässig verworfen. In seiner Entscheidung erkannte das Haager Gericht die objektiven Merkmale zwar als maßgebend für die nationale Zugehörigkeit an, kam infolgedessen also der polnischen Aufassung nahe. Es wich aber hinsichtlich der praktischen Schlussfolgerungen, die es aus dieser grundsätzlichen Bewertung der objektiven Merkmale zog, von der polnischen Aufassung wesentlich ab. Es entschied folgendermaßen: 1. Die Erklärung über die sprachliche Zugehörigkeit, die sich grundsätzlich auf objektive Merkmale beziehen muß, muß ohne behördliche Beeinflussung unter persönlicher Verantwortung des Erklärenden erfolgen. 2. In den Fällen der nationalen Mischehe, der Doppelsprachigkeit und des Dialektes muß die volle Freiheit der subjektiven Beurteilung bestehen. 3. Auf keinen Fall darf eine einmal vorliegende Erklärung irgendwie in innerstaatlichen oder internationalen Instanzen bestritten oder nachgeprüft werden. Danach erkannte das Haager Gericht also dahin, daß für die Erziehungsberechtigten wohl ein moralischer Zwang bestehen sollte, ihre Erklärung auf die objektiven Merkmale, also auf die tatsächlichen Sprachkenntnisse ihrer Kinder, zu stützen; es untersagte zu gleicher Zeit aber die Nachprüfung und Abänderung einer einmal gegebenen Erklärung durch die polnischen Behörden, auch dann, wenn die Erklärung offensichtlich objektiv falsch ist.

Mit dieser Entscheidung wollte sich Polen nicht einverstanden erklären. Es hielt an seiner Forderung der behördlichen Nachprüfung der abgegebenen Sprachklärungen fest. Deutschland seinerseits erklärte bei den im April 1929 in Paris stattfindenden Verhandlungen mit Polen, daß es den Standpunkt des Elternrechtes nicht verlassen und über Sprachprüfungen in keiner Form verhandeln könne. Diese Unvereinbarkeit der Auffassungsgesichtspunkte und Motive zwischen „Polen“ und „Deutschland“ veranlaßte das Haager Gerichtshofes nicht. Die Verminderung der Anmeldungen zu den deutschen Schulen wurde der Initiative der lokalen Stellen überlassen. Zahlreiche Kinder, die zu deutschen Schulen angemeldet worden waren, wurden von den polnischen Schulleitern unter Hinweis auf ihre unzureichenden Sprachkenntnisse aus eigener Machtvollkommenheit in polnische Schulen verwiesen. Der die Erziehungsberechtigten wurden bei den Schulanmeldungen durch Drohungen oder Versprechungen dazu veranlaßt, ihre vorgeschriebenen Erklärungen über die Sprache ihrer Kinder in polnischen Sinne zu ändern. Der die polnischen Stellen erkannte die von den Erziehungsberechtigten abgegebenen Sprachklärungen einfach nicht an. Uff. Die deutschen Eltern waren der ungemessenen Willkür der zuständigen Stellen und der „erprobten Arbeit“ der chauvinistischen Verbände preisgegeben. Dieser chaotische Zustand währte bis zum Jahre 1934.

Damals machte der Präsident der Gemischten Kommission für Ostbroschlesien, Calonder, am 14. November 1934 einen vermittelnden Vorschlag. Calonder hielt in diesem Vorschlag zwar auch grundsätzlich an der Praxis der Sprachprüfungen fest, er befristete aber noch einmal ausdrücklich das freie Bestimmungrecht der Erziehungsberechtigten und sah außerdem einen neuen Modus der Sprachprüfungen vor. Der Vorschlag, der sowohl

vom Deutschen Volksbund wie vom Schlesiſchen Wojewodſchaftsamt angenommen wurde, bemerkt zunächſt, „daß gemäß der Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs und gemäß ſtändiger Praxis der Erziehungsberechtigte das Recht hat, auf Grund ſeiner Erklärungs- und Sprachprüfung ein Kind die deutſche Minderheitſchule auch dann beſuchen zu laſſen, wenn es die deutſche Sprache nicht ſpricht“. Weiter heißt es, „daß jeder Druck unzuläſſig iſt, um den Erziehungsberechtigten gegen ſeinen Willen zu zwingen, auf ſein Recht zu verzichten“. Es wird aber die Hoffnung ausgeſprochen, daß es gelingen möge, „die Erziehungsberechtigten auf dem Wege gütlicher Verſtändigung davon zu überzeugen, daß es im wohlverſtandenen Intereſſe der Kinder liegt, dieſe von der deutſchen in die polniſche Schule zu verſetzen“ (wenn ſie nämlich nach Maßgabe der Sprachprüfung die deutſche Sprache nicht genügend beherrschen, um dem Unterricht an einer deutſchen Schule mit Nutzen folgen zu können). Die Sprachprüfungen ſollen nach dem Vorſchlag Calonders jeweils von zwei Sachverſtändigen vorgenommen werden, von denen der eine vom Deutschen Volksbund, der andere vom Wojewodſchaftsamt benannt wird. Falls es zwiſchen dieſen beiden in der Bewertung der Sprachkenntnisse zu keiner Einigung kommt, ſoll der Präſident der Gemiſchten Kommiſſion einen neutralen Sachverſtändigen ernennen, der dann ſeinerſeits die endgültige Entſcheidung fällt. Mit dieſem Vorſchlag ſind ſowohl an den öffentlichen wie an den privaten deutſchen Volkſchulen für diejenigen Kinder, deren ausreichende Kenntnis der deutſchen Sprache angezweifelt wird, derartige Sprachprüfungen eingeführt worden.

Mit der Annahme dieſes Vorſchlages durch beide Parteien iſt in der Frage der Sprachprüfungen eine neue Lage entſtanden. Diejenigen Kinder, die die deutſche Sprache nicht genügend beherrschen, ſollen von der Behörde nicht mehr, wie es biſher der Fall war, zwangsweiſe in polniſche Schulen eingewieſen werden. Aber der Deutsche Volksbund hat als Partner des Vorſchlages die Aufgabe übernommen, von ſich aus auf die Erziehungsberechtigten der betreffenden Kinder im gütlichen Sinne dahin einzuwirken, daß ſie ihre unzulänglich deutſchſprechenden Kinder nicht in eine Schule mit deutſcher Unterrichtſprache ſchicken. Eine Verpflichtung, dieſe Kinder aus den deutſchen Schulen zu entfernen, beſteht für den Deutschen Volksbund jedoch nicht. Von Seiten des Deutschen Volksbundes wurde durch die Annahme des Vorſchlages keineswegs auf das in der Genfer Konvention ſeigelegte Recht der Erziehungsberechtigten verzichtet, über die nationale Erziehung ihrer Kinder frei zu beſtimmen. An ſich kann nach dem Vorſchlag Calonders ein Erziehungsberechtigter auch dann, wenn ſein Kind die Prüfung in der deutſchen Sprache nicht beſtanden hat, auf deſſen Belaffung in einer deutſchen Schule beſtehen. Das iſt jedoch ein Fall, der in Anbetracht des ſcharfen Druckes von polniſcher Seite, dem er ausgeſetzt ſein würde, in der Praxis kaum vorkommen dürfte.

Ueber die Zahl der Kinder, die nach der Annahme des Calonderschen Vorſchlages am Beſuch der deutſchen Schulen verhindert wurden, geben nachſtehende Angaben Auskunft: Zu Beginn des Schuljahres 1934/35 wurden in die deutſchen Schulen Oſtoberschleſiens 1099 Kinder neu angemeldet und 1741 Kinder aus polniſchen Schulen dorthin umgemeldet. Von dieſen 2840 Kindern wurden 1040 der in dem Vorſchlag Calonders vorgesehenen Sprachprüfung unterzogen. Nur 206 von dieſen Kindern beſtanden die Prüfung und wurden demgemäß zu den deutſchen Schulen zugelaffen. Zu Beginn des Schuljahres 1935/36 wurden 1088 Kinder zu den deutſchen Schulen neu angemeldet und 481 umgemeldet. 1478 Kinder wurden geprüft; 768 Kindern wurde auf Grund der Prüfung die deutſchen Schulen verboten.

Für die Haltung, die der Deutsche Volksbund in dieſer Frage eingenommen hat, iſt eine Entſchließung, die er am 28. Juli 1934 gefaßt hat, bezeichnend. Dort heißt es u. a.: „Der Oberſchleſier, der ſich zum deutſchen Volkstum bekennt, hat die Pflicht, in ſeiner Familie unſer koſtbarſtes Gut, die deutſche Sprache, zu pflegen. Wenn er dieſer Pflicht genügt, ſo muß und wird auch ſein Kind der deutſchen Sprache mächtig ſein. Die deutſche Schule darf nicht dem Vorwurf ausgeſetzt ſein, als Mittel zur Internationalisierung polniſcher Kinder mißbraucht zu werden“. Täuſende von Kindern, deren Erziehungsberechtigte ſich zum Deutſchtum bekennen, werden durch das System der Sprachprüfungen im Laufe der Jahre daran gehindert, eine deutſche Schule zu durchlaufen. Es gehört mehr als eine völlige Unkenntnis der Sachlage dazu, wenn von polniſcher Seite der deutſchen Volkſgruppe, die ein ſolches Opfer auf ſich genommen hat, der Vorwurf einer germaniſatorischen Abſicht gemacht wird.

— I.

## „Der Völkerbund war da“

August Scholtis hat in seinem Roman „Baba und ihre Kinder“ eine Szene geschildert, die trotz ihrer drolligen Wirkung ein sehr ernstes Problem behandelt: die Zweisprachigkeit eines Teiles der oberösterreichischen Bevölkerung. Der Szene liegen die berühmtesten Mauererischen Sprachprüfungen zugrunde, die auf Grund des sogenannten Komprohisses in den ostösterreichischen Schulen vorgenommen wurden.

... Die Kommission will die Beschwerde an Ort und Stelle prüfen und meldet sich beim Schulmeister an. Die Kinder haben Sonntagsstaat angelegt, ins emsige Gespräch vertieft, betreten die Herzen das Schulhaus. Draußen brummt und blubbert das Auto. Pochwalung bendzä Pan Bäschysch Krystus.

Der Führer der Kommission, ein Schweizer, streicht an den Bänken vorbei, legt plötzlich seine Hand einem Knaben auf den Nacken und fragt in deutscher Sprache, sag mir mal, mein lieber Junge, wie heißt du denn?

Jch haßsä Kobät Bäschysla.

Robert Bäschysla heißt du, so. Was hast du denn heute schönes gefrüßstückt?

Jch habä hoitā apnān Plazel schön gefrüßstückt.

Der Schweizer dreht sich zu den anderen Herren um, ob jemand wisse, was ein Plazel sei. Der deutsche Begleiter weiß es leider nicht, der polnische beeilt sich zu erklären, Plazel sei ein armfelliger Mehlpuffer.

Ist Plazel also ein germanisches oder ein slawisches Wort . . . ? will der Schweizer wissen.

Ein polnisches natürlich . . . , begegnet der Pole.

Puffer . . . Plätzchen . . . Plazel . . . , verteidigt der Deutsche, bemerkt, daß Plazel eine mitteleuropäische Wortkombination und zum mindesten ostmärktisch sei.

Eine mitteleuropäische oder eine ostmärktische Sprache gibt es nicht . . . , protestiert der Pole. Nur germanisch haben wir oder slawisch.

Der Schweizer sinnt nach.

... Setz dich, Robert Bäschysla, sagt er schließlich und gibt ihm eine Nickelmünze.

Da der Schweizer einer slawischen Sprache nicht mächtig ist, stellt ein Dolmetscher die nötigen slawischen Fragen. Wie denn der Dorfpfarrer heißt . . . ?

Die Kinder wissen es nicht, einige antworten hartnäckig, der Dorfpfarrer hieße Hochwürden.

Der Schweizer setzt seine deutschen Fragen fort. Also meine lieben Kinder, wer von euch spricht daheim mit Vater und Mutter deutsch?

Einige stehen auf, auch der Robert Bäschysla.

Wie heißt du denn, mein Sohn?

Jch haßsä Alfred Jastrzombäl.

Alfred Jastrzombek, sing uns mal ein deutsches Lied.

Mit Herz und mit Hand, mit der Büchse in der Hand sües Vaterland.

... Setz dich, Alfred Jastrzombek.

Schulmeister wirft ein, daß das nicht stimmt. Alfred Jastrzombek spräche mit Vater und Mutter polnisch. Hier ist ein Brief des Vaters aus Westdeutschland, wo er als Maurer arbeitet, bitte sehr, der Brief ist an die Frau gerichtet und in polnischer Sprache geschrieben.

... In wasserpolnischer, selbstverständlich, wendet der deutsche Begleiter ein. Diese Leute können ja gar nicht hochpolnisch.

Wasserpolnisch ist nicht wasserdeutsch . . . , erwidert der Pole. Noch weniger als hochpolnisch können die Leute hochdeutsch.

Das, bitte sehr. Ist das etwa kein Hochdeutsch. Zudem ist der freie Wille der Eltern auf alle Fälle zu respektieren, meint der Deutsche und beruft sich auf den Völkerbund.

Schweigend hört die Kommission dem Streit zu. Robert Bäschysla steht in seiner Bank, der Schweizer wendet sich ihm zu.

Na, Robert Bäschysla, da bist du ja wieder. Also du sprichst mit Vater und Mutter auch deutsch.

Jch sprächü myt Watär un Mutär auch doitsch.

Er hat ja gar keinen Vater, wendet der Schulmeister ein.

Abär aynä Mutär, trumpft Robert auf.

Die Mutter bereinigt meine Schulklassen, wie können sie gleich mal kommen lassen, das stimmt nicht, was der Junge sagt, redet eifrig der Schulmeister. Der Schweizer blickt un schlüssig drein. Er legt dem Robert Baschista die Hand auf den Nacken und spricht: Robert, mein guter Junge, nu sag mir mal folgendes. Wie ist das bei euch, wenn die Mutter den Plazek gebacken hat?

Wän dy Mutär dän Plazäk gebackän hat, wyed är aufgagässän.

Die Herren sind vergnügt.

Robertel, ich wollte eigentlich wissen, was die die Mutter sagt, wenn du den Plazek aufessen sollst.

Wän ych dän Plazäk aufässän soll, sagt myr dy Mutär nychts, ych ässä dän Plazäk un gäh wäg.

Auch diese Antwort war dem Schweizer nicht genug. Er war der festen Ueberzeugung, daß die Mutter dem Robert dann und wann doch etwas sagt. Meine Mutter zum Beispiel gab mir einen Kuß dabei, streichelte meine Wangen und sagte etwas.

Robert war der Ansicht, daß seine Mutter das nicht täte, daß sie ihn weder küsse noch zärtlich seine Wangen streichle, damit er einen Plazek essen soll.

Denk mal ein wenig nach, Robertel. Robert dachte nach. Er machte einen schiefen Kopf dabei wie eine Henne Hochwürdens, und lange wollte ihm nichts einfallen.

. . . Manchmal da . . .

Nu, Robertel, siehst du, jetzt kommts.

Manchmal da sagt dy Mutär . . .

Nu?

Manchmal da sagt dy Mutär, Robärtlyk, sam mosch tän Plazäk und halt die Gresse. Die Herren lachten laut. Sie fragten einander, was das nun wäre. Germanisch oder slawisch?

Das deutsche Mitglied fühlte sich bestätigt. Mitteleuropäische Kombination, natürlich ostmärkischer Dialekt. Der Pole widersprach. Das sei kein ostmärkischer Dialekt, sondern eine mitteleuropäische Schande. Diese Leute könnten weder deutsch noch polnisch sprechen.

Robert Baschista darf sich setzen. Er hätte seine Sache gut gemacht, belobigt ihn der Schweizer. Der nächste ist Woiczech Jesuffek. Sein Vater arbeitet auch in Westdeutschland. Woiczech Jesuffek soll ein deutsches Lied singen und singt: O Jesulein zart, wie liegt du so hart.

Setz dich Woiczech Jesuffek. Der dritte ist Kasimir Zelittko. Er singt: Ich bin ein Preuße . . . und kommt über die erste Zeile nicht hinweg. Die anderen werden gar nicht angehört und weinen.

Eine heftige Unterredung der Herren untereinander beginnt. Nach etwa einer Stunde fahren sie nun mit verschleiertem Ergebnis dieser wunderlichen Prüfung in den Wald hinein und nach der Stadt Kattowitz, wo die vielen Kohlengruben sind. Die Leute meinen, der Völkerbund war da und sei schon wieder weg . . .

## Deutsches Schulwesen in Ostoberschlesien

Der „Deutsche Volksbund für Polnisch-Schlesien“ hat in seinem kürzlich erstatteten Rechenschaftsbericht über den Stand des öffentlichen und privaten deutschen Schulwesens in Ostoberschlesien berichtet. Danach ergibt sich für das vergangene und das laufende Schuljahr folgendes Bild:

	Schuljahr 1934/35	Schuljahr 1935/36
öffentliche Volksschulen . . . . .	46 mit 9 774 Schülern	43 mit 8 239 Schülern
öffentliche mittlere Schulen . . . . .	2 „ 569 „	2 „ 308 „
öffentliche höhere Schulen . . . . .	4 „ 204 „	4 „ 104 „
öffentliche Schulen überhaupt . . . . .	51 mit 10 547 Schülern	49 mit 8 651 Schülern
private Volksschulen . . . . .	19 „ 2 749 „	19 „ 2 686 „
private höhere Schulen . . . . .	6 „ 1 109 „	6 „ 1 079 „
private Schulen überhaupt . . . . .	25 mit 3 858 Schülern	25 mit 3 765 Schülern
deutsche Schulen insgesamt . . . . .	76 „ 14 405 „	74 „ 12 416 „



Danach hat sich die Zahl der öffentlichen deutschen Volksschulen im Schuljahr 1935/36 gegenüber dem Vorjahre um zwei vermindert. Drei öffentliche Schulen, nämlich in Knurów, Chorzwó (Königshütte) und Schwallowitz, wurden aufgelöst; eine, nämlich in Brzozowiz-Kamin wurde neu eröffnet. Von den zur Zeit bestehenden 43 deutschen öffentlichen Volksschulen stehen 41 unter polnischer Leitung. Von den an diesen Schulen tätigen 175 Lehrkräften sind nur 74 deutscher, dagegen 101 polnischer Nationalität. Daß unter solchen Umständen diese öffentlichen Schulen ihre Aufgabe weder in nationalpolitischer noch in pädagogischer Hinsicht erfüllen können, versteht sich von selbst.

Völlig unbefriedigend ist auch die Lage der öffentlichen Mittelschulen Ostoberschlesiens. Die einst blühenden zwei städtischen Mittelschulen in Kattowitz schrumpfen immer mehr zusammen. Durch die polnische Schulreform ist der Lehrplan dieses Schultyps demjenigen der gewöhnlichen Volksschulen fast völlig angeglichen worden. Trotzdem werden von den Erziehungsberechtigten nach wie vor die sehr beträchtlichen Schulgelder erhoben. Die öffentliche Knabenmittelschule in Kattowitz hat im Schuljahr 1934/35 noch 305 Schüler gezählt; im laufenden Schuljahr wird sie nur noch von 160 Schülern besucht. Ebenso rückläufig ist die Entwicklung der deutschen öffentlichen Mädchenmittelschule in Kattowitz, die im Schuljahr 1934/35 noch 284 Schülerinnen aufwies, im laufenden Schuljahr aber nur noch von 148 deutschen Mädchen besucht wird. Der Verlust dieses Schultyps wird von der deutschen Volksgruppe deshalb besonders schmerzlich empfunden, weil er eine ausgezeichnete Bildungsmöglichkeit für diejenigen bietet, die keinen akademischen Beruf einschlagen wollen.

Von einem öffentlichen höheren deutschen Schulwesen in Ostoberschlesien zu sprechen, ist eigentlich verfehlt. Tatsächlich sind derartige Schulen, deren in der Statistik vier ausgewiesen werden, nämlich gar nicht vorhanden. Es bestehen lediglich an einigen öffentlichen polnischen Schulen einige deutsche Klassen, die je nach Bedarf jahrgangsweise eröffnet oder geschlossen werden. Lehrkräfte deutschen Volkstums werden an diesen Schulen überhaupt nicht beschäftigt, so daß die nationalpolitische Bedeutung dieses Schultyps als äußerst fraglich bezeichnet werden muß. Es bestanden in den Schuljahren 1934/35 bezw. 1935/36 deutsche Klassen:

2	am staatl. Gymnasium Königshütte . . . . .	mit 69 bezw. 34 Schülern
1	am mathemat.-naturwissensch. Gymnasium Königshütte mit 24	" 20 "
2	am städt. math.-naturwissensch. Gymnasium Kattowitz mit 68	" 49 "
2	am staatl. Mädchengymnasium Kattowitz . . . . .	mit 43 " 31 "

Im Laufe eines Jahres ist also die Schülerzahl dieser deutschen Klassen um etwa die Hälfte zurückgegangen. Insgesamt haben die deutschen öffentlichen Schulen Ostoberschlesiens von 1934/35 bis 1935/36 nicht weniger als 1896 Schüler verloren. Der Rückgang beträgt also etwa 18 v. H. Der Besuch der deutschen Privatschulen hat sich in dieser Zeit um 93 Schüler verringert. Die Schwierigkeiten, die der unerläßlichen und von der deutschen Volksgruppe auch erstrebten Entwicklung des privaten Schulwesens gemacht werden, sind in „Ostland“ Nr. 7/1936 eingehend dargestellt worden. Im Schuljahr 1934/35 gab es 24 private deutsche Kindergärten mit 954 Kindern. Im laufenden Schuljahr bestehen 23 Kindergärten, in denen 24 Kindergärtnerinnen und 20 Helferinnen tätig sind. Von den Kindergärten werden 18 vom Deutschen Schulverein völlig unterhalten; fünf werden von ihm unterstützt.

Die 19 privaten deutschen Volksschulen haben zur Zeit 93 Klassen in Betrieb. An ihnen sind 84 deutsche Lehrkräfte beschäftigt. Die geringe Zahl der Schulen hat zur Folge, daß erhebliche Aufwendungen für die Schüler gemacht werden müssen, die täglich einen weiteren Weg von ihrem Wohnort zum Schulort zurückzulegen haben. Die Zahl der Fahr Schüler beträgt zur Zeit etwa 500.

Sehr schlimm ist es mit dem deutschen Fortbildungsschulwesen bestellt. Im November 1934 wurde in Anhalt eine ländliche Fortbildungsschule mit 22 Besuchern eröffnet. Eine zweite derartige Schule konnte im November 1935 in Hohenbirkern mit 13 Schülern in Betrieb genommen werden. Im Januar dieses Jahres trat eine dritte in Golaszowiz hinzu. Die ländlichen Fortbildungsschulen sind nur im Winterhalbjahr in Betrieb. Der Unterricht wird durch Lehrkräfte der örtlichen deutschen Privatschulen erteilt.

An privaten höheren deutschen Schulen gibt es in Ostoberschlesien sechs. Ueber die Zahl der Schüler an diesen Anstalten jeweils zu Beginn der Schuljahre gibt nachstehende Uebersicht Auskunft:

Gymnasium Königshütte . . . . .	1933	1934	1936
Gymnasium Siemianowiz . . . . .	626	437	470
Gymnasium Siemianowiz . . . . .	483	422	440
Gymnasium Larnowiz . . . . .	405	444	426
Gymnasium Pleß . . . . .	423	413	408
Gymnasium Antonienhütte . . . . .	203	137	133
Gymnasium Rybniz . . . . .	206	156	132
	1 406	1 109	1 079

Zu Beginn des laufenden Schuljahres bestanden an diesen Schulen 48 Klassen, für die 124 Lehrkräfte angestellt waren. Der Rückgang der Schülerzahl erklärt sich teils aus der Abwanderung ins Reich, teils aus der fortschreitenden Verarmung der ostoberschlesischen Deutschen. Von den Gymnasien besitzt nur das in Königshütte das Deffentlichkeitsrecht. Für die anderen Privatgymnasien hatte die polnische Schulbehörde in einem Abkommen mit dem Deutschen Schulverein gewisse Prüfungsvereicherungen zugestanden, die von Seiten der Schulbehörde jedoch nicht eingehalten worden sind.

## Polnische Zweifel am Gewaltverzichtspakt

Vor einiger Zeit veranstaltete der „Soziale Klub“ in Thorn einen Diskussionsabend, der sich mit der Frage des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes befaßte. Da es sich bei diesem Klub um eine angesehenere gesellschaftliche Einrichtung des Thorer Polentums handelt, verdienen die Ausführungen des Vortragenden dieses Abends, des Magisters Wojnowski, Beachtung. Was hier gesagt worden ist, dürfte in der Hauptfache der Auffassung der im öffentlichen Leben Polens maßgebenden Leute entsprechen. Bemerkenswert ist es auch, daß das amtliche Organ des Pommereller Wojewoden, der „Dzien Pomorski“, in seiner Nummer vom 8./9. Februar d. J. einen ausführlichen Bericht über den Vortrag gebracht hat. Diesem Bericht seien nachstehende, besonders ausschlufreiche Sätze entnommen: „Den Leitgedanken des Vortrages kann man in der Feststellung zusammenfassen, daß zwischen Deutschland und Polen natürliche Reibungsflächen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen bestehen, die einen begründeten Pessimismus hinsichtlich der friedlichen Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen aufkommen lassen. Die natürlichen Interessengegenätze und das Sichüberschneiden der Expansionswege der beiden Völker stellen insbesondere die Stetigkeit des Nichtangriffspaktes vom 26. Januar 1934 in Frage . . . Die polnische Expansion gehe und müsse gehen nach Westen und zur Ostsee. Der Nichtangriffspakt könne in keiner Weise die polnische Wachsamkeit und Kampfbereitschaft schwächen, er könne in keiner Weise die Anstrengungen und Bemühungen um die Entwicklung des Polentums in den Westgebieten und in den autochthonen (!) polnischen Gebieten Deutschlands vermindern, er könne in keiner Weise die Anstrengungen schwächen, die Polen zur Erlangung einer Großmachtstellung zur See unternehme . . . Weder die Warnungen Wladyslaw Studzinski vor der Bedrohung der Zivilisation durch die Sowjetunion . . . , noch die Vorschläge für eine Lösung der Danziger Frage, wie sie von Cat-Mackiewicz gemacht worden seien, hätten in Polen Anhänger gefunden. Der Nichtangriffspakt sei der Ausdruck eines nützlichen Strebens nach einer Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen, den die polnische Bevölkerung mit Anerkennung betrachte. Aber es scheine, daß ihm angesichts der widerstreitenden deutsch-polnischen Interessen keine allzu lange Lebensdauer beschieden sein werde. Nur eins sei wahr: die Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen werde um so länger dauern, je stärker und national geschlossener Polen dastehen und je allgemeiner in Polen die Ueberzeugung sein werde, daß das Fundament der Großmachtstellung des polnischen Staates im Westen und auf der Ostsee liegt.“ — Es kann nur von Nutzen sein, wenn sich die deutsche Deffentlichkeit mit diesen polnischen Gedankengängen vertraut macht.

# Von der Kultur des Deutschen Ordens

Als der Deutsche Ritterorden vor mehr als 700 Jahren an die Weichsel zog, kam er in eine Landschaft, in der vor abermals mehr als 700 Jahren noch germanische Volksstämme gewohnt hatten, die Goten und Burgunder. Er mußte, um sein Ziel, die Verbreitung der christlichen Lehre zu erreichen, das Mittel des Kampfes anwenden. Aber er hat nicht nur mit dem Schwerte gekämpft, sondern auch und vor allem schöpferische Kulturarbeit geleistet. Ein Staat wurde geschaffen, der von der Leba bis über den Memelstrom, von der See bis zur Drenowz reichte, ungefähr in der Ausdehnung der Provinzen Ost- und Westpreußen, wie sie bis 1920 bestanden. 1231 begann der Kampf bei Thorn. 1283 war das Land der Prußen im Besitz des Ordens. 1309-22 wurde dann auch Pomerellen erworben.

Etwa 30 Komtureien und selbständige Verwaltungsbezirke wurden eingerichtet. Die Verwaltung der einzelnen Bezirke führte ein Konvent von 25 bis 40 Ordensherren unter Leitung eines Komturs. Zu den Aufgaben des Konvents gehörte die Durchführung der Siedlung, die Anlage neuer Städte und Dörfer, die Verwaltung der Einnahmen aus dem Hufensins, die Fürsorge für die Landesverteidigung, den Reich- und Wegebau usw. Jeder Ordensbruder hatte ein besonderes Sachgebiet zu verwalten. Der Komtur oder Vogt übte das oberste Richteramt aus. Unter den Konventen standen die Pfleger auf kleineren Burgen und Wirtschaftshufen und die Hofmeister (weltlichen Standes) der kleineren Domänenhöfe. Oberste Instanz war der Hochmeister, dem ein Rat von fünf Großgebietigern beigegeben war; diese waren der Großkomtur und der Treßler zu Marienburg, der Marschall zu Königsberg, der oberste Spittler zu Elbing und der oberste Leupier zu Christburg. Für die von Hermann von Salza geschaffene Verwaltung, bildete die Staatsverwaltung, die Kaiser Friedrich II. in seinem unteritalienischen Erbland eingerichtet hatte, das Vorbild. Dort hatte der Kaiser *Berufsbearbeitung* eingeführt, und diese waren auch die Komture und Konventsherren des Ordens. Aus der bewährten Verwaltung des Ordens erwuchs später das Beamtentum des preussischen Staates. Das Grundgesetz für öffentliches und bürgerliches Recht war die *Kulmische Handfeste* von 1233, erneuert 1261, im wesentlichen abgeleitet vom *Magdeburger Recht*, ergänzt durch die Erbbestimmungen des *flämischen Rechtes* und durch das *Freiberger Bergrecht*.

Das eigentliche Preußen war in vier Bistümer geteilt: Kulm, Pomejanien (zu Marienwerder), Samland (zu Königsberg) und Ermland (zu Frauenburg). Jedes Bistum hatte eine eigene Landdotation, die teils unmittelbar vom Bischof, teils vom Domkapitel verwaltet wurde. Die Angelegenheiten der inneren Verwaltung führten die Bischöfe in ihrem Landgebiet selbständig. Die drei erstgenannten Domkapitel lebten nach der Regel des Deutschen Ordens, so daß dadurch die innere Einheit in der Politik und Verwaltung des Gesamtstaates gewahrt blieb. Fast jedes größere Dorf oder Gut hatte damals seine eigene Kirche, so daß Preußen damals viel mehr Kirchorte hatte als heute. Mit den Kirchen war die *Pfarrschule* verbunden. In den größeren Städten gingen die Schulen wohl über die Leistungen der Elementarschulen hinaus. Für die Heranbildung der Geistlichen dienten die Domschulen.

In den Ordenshäusern wurde die *Geschichtsschreibung* und *Dichtung* gepflegt. Der Ordenspriester Peter von Dusburg schrieb 1326 seine Chronik des Landes Preußen, die Nicolaus von Jeroschin in deutsche Reimverse übertrug. Der Offizial Johannes von der Pustke schrieb Ende des 14. Jahrhunderts eine Chronik seiner Zeit in deutscher Prosa. Groß ist die Zahl der theologischen Schriften und der Uebersetzungen von Bibelteilen ins Deutsche, teils in dichtersicherer Form, teils in wortgetreuer Prosa. Der Orden wollte die heilige Schrift dem Volke zugänglich machen. Die von ihm gebrauchte mitteldeutsche Sprache, die auch in den Ordensurkunden wiederkehrt, ist der Vorläufer unserer heutigen Umgangssprache. Der Wanderer möge in Pechstedt die deutschen Inschriften studieren: „*Mase ist zu allen dingin gute*“, oder in der Schloßkirche zu Marienburg die deutsche Bauinschrift von 1344.

Der *Großhandel* lag in den Händen der sechs politisch führenden Städte des Staates, Thorn, Kulm, Danzig, Elbing, Braunsberg und Königsberg. Es ist bezeichnend, daß sie entweder an der Weichsel oder nahe der See- oder Haffküste lagen. Ihr Wohlstand beruhte auf dem Umschlag litauischer und polnischer Waren nach Flandern, Nord-

Frankreich, England und Schottland. Ebenso wurden die Erzeugnisse Preußens, insbesondere Getreide, Holz und Bernstein, in die westlichen Länder ausgeführt. Eingeführt wurden Luche aus Flandern und England, Weine u. a. m. Diese Ostwestrichtung war die wichtigste. Daneben trat der Handel mit Skandinavien: man bezog Heringe aus Schweden, Kalkstein aus Ostland, Eisen aus Schweden usw. Thorn hatte Handelsverbindungen auch nach Süden, nach schlesischen, süddeutschen und anderen wichtigen Plätzen. Diese Kaufleute waren ein citterlich Geschlecht von Männern mit Weltkenntnis. Ihr geistiger Horizont reichte weit; sie nahmen teil an der Kulturentwicklung der älteren Städte des Westens. Durch sie wurden Danzig und Thorn mit Kunstwerken geschmückt; die zweiten Kaufhallen in Thorn, die Rathhaustürme zu Thorn und Danzig fanden in ähnlichen Bauten Flanderns ihr Vorbild. Die Wisfeld, Zimmermann, von der Beke, Suchten, Budding, Ferber in Danzig, die von Essen, von Forst, von der Linde, Hufeld, Wagenrode, Wachschrager in Thorn, die Räuber, von Dülmen, von Wolmerstein in Elbing, — das sind nur ein paar Namen aus der großen Zahl angesehener Ratengeschlechter der ordensstaatlichen Städte. In den Artushöfen zu Thorn, Danzig, Marienburg und Elbing oder dem Junkerhof zu Königsberg schufen sie sich die Städte geselliger Vereinigung.

Kunst und Kunsthandwerk fanden beim Orden selbst wie auch bei den Bürgern und selbst den Bauern ein großes Arbeitsfeld. Aus den Bürgerbüchern, Kämmererechnungen und anderen Quellen kennen wir eine große Zahl von Baumeistern, Malern und Bildhauern, von Goldschmieden und Glockengießern. Ein paar Namen seien erwähnt: Heinrich Penkun baute die Pfarrkirche zu Braunsberg, Hinrich Ungeradin das Rathaus zu Danzig, Jorg Bescheiden errichtete die Ragniter Burg, Nicolaus Fellenstein, der Baumeister des Hochmeisters, war am Ausbau der Marienburg beteiligt, Heinrich Heßel schuf 1496-1500 die kunstvollen Gewölbe in St. Marien zu Danzig, usw.

Groß ist die Zahl der Künstler, deren Namen vergessen sind, deren Gedächtnis aber in ihren Werken, vor allem in den Ordensburgern selber fortlebt. An der Neogotik erhebt sich die Marienburg, das Haupthaus des Ordens. Am frischen Haff ragen die Burgruine von Balga und die beiden Flügel der Hochstädter Burg, die sich durch schöne Gewölbe und den Schmuck reicher Tonbildwerke und Wandgemälde auszeichnen. In Rognit blickt die Komturei-Burg über die Memel nach Osten. In Königsberg biegt das ehrwürdige Königsschloß besonders im Nordflügel noch wertvolle Bauteile des 13. und 14. Jahrhunderts. An der Südgrenze steht wohl erhalten das feste Haus Neidenburg, ein ausgezeichnetes Baudenkmal vom Ende des 14. Jahrhunderts. Im Ermland zeugen die stattlichen bischöflichen Burgen von Heilsberg, Kößel und Allenstein vom deutschen Bauwillen der Ordenszeit. Und wer nach Osten fährt, dem grüßen schon in Küstein, Schwelbein oder Bütow die alten Burgen des ebenso wehrhaften wie kulturschöpfenden Ordens.

Die Städte errichteten in der Zeit der Ordensherrschaft stattliche Rathhäuser, die sowohl als Kaufhallen wie als Verwaltungsgebäude dienten. Das stattlichste steht in Wormditt. Von vollendeter Schönheit ist das von Zinnen gekrönte Marienburger Rathaus. Ihm verwandt ist der Kernbau des reichstädtischen Rathhauses zu Danzig. Bischofstein, Mehlack, Mohrungen und Pr. Holland haben noch Rathhäuser der Ordenszeit, ebenso Wehlau, wo 1657 der für Preußen so bedeutungsvolle Vertrag geschlossen wurde. All diese Häuser kündten den einfligen Wohlstand auch der kleineren Städte. Ein typisches Kennzeichen der Ordenszeit sind in den preussischen Städten die Laubengänge, die den Marktplatz umgeben. In Marienburg sind sie noch vollständig, in Christburg, Pr. Holland, Marienwerder, Allenstein, Heilsberg noch bruchstückweise erhalten. Einst schmückten solche Laubengänge wohl alle Städte kulmischen Rechtes in Preußen.

Im Kirchenbau stehen die drei großen Dome zu Königsberg, Frauenburg und Marienwerder voran. Frauenburg, ohne starken Hauptturm, aber von zierlichen Dachreitern und Ecktürmen gekrönt, spiegelt seine Mauern in den Fluten des Haffs. Ganz unvergleichlich ist aber die gewaltige Baugruppe, die Dom, Kapitelschloß und Danzigergang in Marienwerder bilden. Das Innere des Domes ist von besonderer Schönheit der Raumform. Der gewaltige Bau St. Mariens zeugt von dem opferbereiten und stolzen Sinn der Danziger Bürgerschaft, die es den Ratsherren von Stralsund, Rostock, Wismar, Lübeck gleich tun wollte. Zahllos ist die Reihe der Kirchen in den anderen Städten und in den Dörfern. Jede Landschaft Preußens schuf sich eine eigene Stillauffassung und der Wanderer, der von Stadt zu Stadt zieht, entdeckt überall neue Schönheiten.

Von der Kraft des deutschen Bauernstandes der Ordenszeit legen nicht nur zahlreiche eindrucksvolle Dorfkirchen, sondern auch die vielfach noch erhaltenen alten Bauformen der Bauernhäuser Zeugnis ab. Beachtung verdienen vor allem die Vorlaubenhäuser, denen stattliche Vorlaube mit fünf bis neun Laubenständern vorgebaut sind. Man findet sie vereinzelt noch im Ermland, zahlreicher im Oberland (in den Kreisen Mohrungen und Pr. Holland) und in der Märientwederer Niederung, auch in einzelnen Dörfern der Elbinger Höhe. Am häufigsten aber findet man sie im Mündungsgebiet der Weichsel, wo sich das Bauerntum seit der Ordenszeit in alter selbstbewusster Kraft erhalten hat. Die noch heute vielfach vorherrschende plattdeutsche Sprache bezeugt, daß es dort vorwiegend Niederdeutsche, Sachsen, Friesen und Holländer waren, die das Land durch Deiche kulturfähig machten. Oberdeutsche Bauweise kam später ins Land. Man findet in Preußen das sächsische und das oberdeutsche Bauernhaus, oder Mischformen der beiden. Fast stets aber zierte eine Vorlaube das Haus: Schönwiese, Kletten-dorf, Klackendorf, Stalle und andere Dörfer haben wohl die schönsten Beispiele hierfür. Kunstvolle Hofstore schließen die Einfahrt ab. Aus den wogenden Getreidefeldern ragten früher die Kornwindmühlen empor, und an den buschreichen Ufern der Wassergänge wurden schon im 14. Jahrhundert die Schöpfwindmühlen errichtet; an der Sorge sind einige noch heute erhalten. Was den Dörfern und Städten des preussischen Landes ihr typisches Kennzeichen gibt, das reicht in seinen Grundlagen hinauf bis in die Zeit, als der Komtur die ersten Siedler ins Land tief:

„En Land voll God on Segen  
 On Menschen ohne Harm,  
 De Sonn schient allerwegen  
 Op schwarct, golnet Koorn.“

B. Schmidt-Marienburg.

## Ostland-Chronik

### Die Lemberger Warnung.

Die blutigen Unruhen, die sich in den letzten Wochen in Lemberg ereignet haben, haben auf die polnische Öffentlichkeit einen tiefen Eindruck gemacht. Mit einem Male wurde es klar, daß die polnische Arbeiterschaft durchaus nicht in dem Maße gegen das Gift der kommunistischen Propaganda gefeit ist, wie man an den verantwortlichen Stellen des Staates bis dahin anzunehmen geneigt war. Die Unruhen ließen nicht nur dort, wo es tote und Verwundete gab, bolschewistische Führung und Taktik erkennen. Der Moskau-er Sender feierte am 21. April die Lemberger Straßenkämpfe, bei denen rund 150 Menschen getötet oder verletzt, zahllose Geschäfte zertrümmert und ausge-raubt wurden, als einen der größten Erfolge der bolschewistischen Auslandsaktion.

Die kommunistische Idee gewinnt in Polen zusehends an Boden. Die von den Bolschewisten verkündete Parole der „Volksfront“ dringt immer tiefer in die verelendeten Arbeitermassen. Die Jugend, die sich früher zum Regierungslager bekannte, ist nach links abgewandert. Die Jugendorganisation der bauerlichen

Volkspartei wendet sich kollektivistischen Gedankengängen zu. Und in den intellektuellen Kreisen wirkt das Dudentum als zersetzende Kraft. In Theater, Presse und Kunst wächst der kommunistische Einfluß. In den Kinos werden gelegentlich bolschewistische Propagandafilme gezeigt. Die Massenverhaftungen der letzten Zeit haben die Aktivität der kommunistischen Zellen nicht zu lähmen vermocht. In den jüdischen Zeitungen wird entweder ziemlich unverhüllt kommunistische Propaganda getrieben oder versucht, das Vorhandensein einer kommunistischen Umsturzgefahr für Polen als eine lächerliche Erfindung rückständiger Nationalisten zu schildern.

Die Regierung Kosciakowski hat all' diesen Erscheinungen der inneren Zerfetzung bisher ziemlich untätig gegenübergestanden. Erst die Ereignisse in Krakau und Lemberg haben sie von der Notwendigkeit überzeugt, sich bei der Abwehr der kommunistischen Gefahr auch anderer Mittel als des Einsatzes der staatlichen Gewalt zu bedienen. Man kann eine geistige Seuche nicht mit mechanischen Mitteln bekämpfen. Das aber hat man bisher in Polen getan. Man hat die Polizei eingesetzt, und man hat die Gerichte arbeiten lassen. Aber man hat nichts

unternommen, um die Voraussetzungen zu beseitigen, die den Einsatz der Polizei und die Arbeit der Gerichte erforderlich machten. Man hat die Kommunistische Partei verboten; aber man hat die kommunistischen Agitatoren nicht daran gehindert, in die legalen Bauern- und Arbeiterorganisationen zu gehen und diese von innen heraus mit ihrem Geist zu durchsetzen. „Lemberg hat uns gezeigt“, schrieb der „Czas“, „welche neue Kraft bereits in Polen entstanden ist, wie sie zielbewußt arbeitet, welche Gefahr Polen bedroht. Wir wollen uns wenigstens damit trösten, daß eine Gefahr am gefährlichsten ist, solange man sie verhüllt, solange man sie nicht kennt“. Lemberg ist eine Warnung gewesen.

### Devisenbewirtschaftung auch in Polen.

Durch Verordnung des Staatspräsidenten ist mit Wirkung vom 27. April die Freiheit des Devisenhandels in Polen aufgehoben worden. Polen ist damit dem Beispiel anderer Staaten, vor allem Deutschlands, gefolgt. Bei der Bank Polaki wurde ein Devisenausschuß gebildet, der für die Erteilung von Bewilligungen für die von der Verordnung betroffenen Geldgeschäfte zuständig ist. Bewilligungen sind insbesondere notwendig beim Erwerb ausländischer Valuten, bei ihrer Ueberweisung oder Ausfuhr ins Ausland, bei der Abgabe von Zahlungsmitteln, der Gewährung von Krediten oder Garantien für Begleichung dieser Kredite an Ausländer, beim Handel mit Gold und bei dessen Ein- oder Ausfuhr. Zum Handel mit ausländischen Geldsorten sind lediglich die Bank Polaki und eine Reihe anderer Bankinstitute zugelassen. Sämtliche Zahlungseingänge aus dem Ausland, insbesondere diejenigen für ins Ausland verkaufte Waren, sind diesen Devisenbanken zum Ankauf anzubieten. Ausländer dürfen Konten in Zukunft nur in den Devisenbanken besitzen. Diese Konten sind je nach der Herkunft der Geldbeträge und der Art ihrer Verwendung entweder frei oder blockiert. Für jede Transaktion über ein blockiertes Ausländerkonto ist eine besondere Bewilligung erforderlich. Dagegen unterliegen die zugunsten polnischer Staatsangehöriger getroffenen Verfügungen über freie Ausländerkonten sowie die Entnahme von Geldern aus diesen Konten zur Deckung ausländischer Verpflichtungen keinen Beschränkungen. Für alle Zahlungen und Berechnungen in ausländischen Zahlungsmitteln, die unter der Devisen-

kontrolle vorgenommen werden, sind die Banknoten- und Devisenkurse der Warschauer Börse verbindlich. — Wir kommen auf die Gründe und die Folgerungen, die sich aus der Aufhebung des freien Devisenhandels vor allem für den polnischen Außenhandel ergeben, noch ausführlich zurück.

### So wird es gemacht.

Mehrere deutsche Handwerksmeister in Chorow (Königshütte) erhielten kürzlich ein Schreiben in polnischer Sprache, das in deutscher Uebersetzung folgendermaßen lautet:

„Wir haben erfahren, daß Sie den Absolventen der Minderheitsschule (folgt der Name) als Lehrling schäftigen. Wir haben festgestellt, daß eine Anzahl Absolventen der Minderheitsschule deutschen Kampforganisationen angehört und an antisstaatlichen Ausschreitungen teilnimmt. Wir sind darüber beunruhigt, weil ein solcher Lehrling sich in Zukunft nicht positiv zu den Aufgaben des polnischen Staates verhalten wird. Da die Jugend, die sich in Deutschland zum polnischen Volkstum bekennt, trotz ihrer loyalen Einstellung zum Staat keine Arbeit erhalten kann, haben wir die Hoffnung, daß unsere heutige Mahnung kein Mißverständnis zwischen Ihrer Firma und uns hervorruft und daß wir Sie auch weiterhin in unserem Verzeichnis der Firmen führen dürfen, die unsere Unterstützung verdienen.“

### Die Schulkommission“.

Es handelt sich hier wieder einmal um einen der bei den polnischen Patrioten beliebten Erpressungsversuche. Den deutschen Handwerkern wird der Boykott ihrer Betriebe angedroht, wenn sie Lehrlinge, die eine deutsche Schule absolviert haben, beschäftigen. Den jungen Deutschen aber soll jede Möglichkeit einer beruflichen Ausbildung genommen werden. Wenn in dem „Mahn schreiben“ von deutschen „Kampforganisationen“ und „antisstaatlichen Ausschreitungen“ gesprochen und auf die „schlechte Lage der Polen in Deutschland“ verwiesen wird, so handelt es sich dabei um die üblichen Redensarten, durch die der eigenen Gemeinheit ein moralischer Anspruch gegeben werden soll. Es versteht sich von selbst, daß die polnischen Patrioten, die derartige Schreiben abfassen und verschicken, zu feig sind, ihre Namen zu nennen.

## Deutscher Befangverein aufgelöst.

In Gräned im Kreise Hohenstaufen ist auf Veranlassung des Kreisstarosten der deutsche Männergesangsverein „Wiesengrund“ aufgelöst worden. Als am 18. April die Generalversammlung des Vereins stattfinden sollte, erschienen zwei Polizeibeamte im Sitzungssaal und forderten die Versammelten auf, die Mitgliedslisten vorzuweisen. Da einige Mitglieder ihre Ausreise nicht bei sich trugen, wurde zunächst die Versammlung polizeilich geschlossen und dann aus demselben Grunde der ganze Verein aufgelöst. Jedenfalls sind von der polnischen Behörde andere Gründe nicht bekannt gegeben worden.

## Der Müller von Rossgarten.

Zu den Fällen, in denen die polnische Polizei mitunter eine unangebrachte Aktivität zu entfalten pflegt, kann man auch folgenden rechnen, der sich kürzlich in Rossgarten bei Thorn abgespielt hat. Der deutsche Windmühlenbesitzer Frank war von dem polnischen Gemeindegemeinschaften aufgefordert worden, an einem bestimmten Tage seine Windmühle nicht in Betrieb zu setzen und bis zu diesem Tage ein ihm gehörendes, bei der Mühle gelegenes Stück Land nicht zu bestellen, da dort eine politische Kundgebung stattfinden solle. Frank kam der Aufforderung nach, ließ das Land ungepflügt und bremste am Morgen des betreffenden Tages die Mühle in der üblichen Weise durch Einklemmen eines Holzflohes in das große Zahnrad ab. Einige Stunden später, während eben die Kundgebung stattfand,

bemerkte er von seiner Wohnung aus, daß sich die Flügel der Mühle etwas bewegten. In der Meinung, daß sich irgendjemand unerlaubterweise an der Mühle zu schaffen gemacht habe, machte er sich auf den Weg, um nach dem Rechten zu sehen. Er wurde jedoch nicht bis zur Mühle gelassen, sondern unterwegs von Polizeibeamten festgenommen und nach Thorn geschickt, wo man ihm eröffnete, er habe durch absichtliches Nichtabbremsen der Mühle eine nationale (nach den Berichten der polnischen Presse deutschfeindliche) Kundgebung gestört und die Teilnehmer der Demonstration „provokiert“. Es kostete einige Mühe, den dienstfertigen Polizeibeamten klarzumachen, daß das Umschlagen des Windes von Osten nach Westen daran schuld war, daß sich die Flügel trotz des Bremsflohes ein wenig bewegten. Um diesen Fall ins richtige Licht zu rücken, muß man sich folgende Fragen vorlegen: Ist ein Deutscher in Polen verpflichtet, sein eigenes Grundstück für eine deutschfeindliche Kundgebung zur Verfügung zu stellen? Ist er verpflichtet, die Bearbeitung seines Grund und Bodens zu verschieben und seinen Betrieb ruhen zu lassen, um eine doch schließlich gegen ihn selber gerichtete Demonstration nicht zu stören? Hätte sich der deutsche Müller etwa strafbar gemacht, wenn er es abgelehnt hätte, der Aufforderung des polnischen Schulzen nachzukommen, der ja ebenso gut einen anderen Platz für die Kundgebung hätte ausfinden können? Ist man nicht versucht, diesen Fall des Müllers von Rossgarten mit dem Fall des Müllers von Sanssouci zu vergleichen?

## Bücher über den deutschen Osten

Militärische Vorträge. Band III der Erinnerungen und Dokumente. Von Josef Pilsudski. Essener Verlagsanstalt, Essen 1930. XXIII und 375 Seiten. Preis Ganzleinen 8,50 RM. — Man kennt den Marschall Pilsudski nicht, wenn man nur die greifbaren und sichtbaren Erfolge seiner militärischen und politischen Arbeit beachtet. Er war mehr als der Schöpfer des polnischen Heeres und der Gestalter des polnischen Staates. Er war vor allem auch der Erzieher seines Volkes. Diese Seite der Lebensarbeit des Marschalls wird beim Lesen des vorliegenden Bandes der „Dokumente und Erinnerungen“ lebendig. Ob er vor dem Kriege im „Strzelec“ seine Betrachtungen zum Balkankrieg schrieb, ob er damals vor

seinen Schützen in Krakau Vorträge über die Militärgeschichte des Aufstandes von 1863 hielt, ob er 1923 an der Wänaer Universität über das Problem der Führerschaft im Kriege sprach, ob er 1926 in Warschau vor einem Kreis von Offizieren das Wesen der Führung analysierte, ob er in einer 1923 erschienenen Schrift seine Gedanken über die Stellung der Obersten Feldherren niederlegte oder bei anderen Gelegenheiten zu diesen und ähnlichen Frauen das Wort ergriff, immer war Pilsudski dabei von dem einen Gedanken beherrscht, in den Männern seiner Umgebung und darüber hinaus in seinem Volke die moralischen Kräfte zu wecken, deren Polen zur Erlämpfung und Behauptung seiner äußeren Freiheit und seiner

inneren Ordnung bedarf. Im Soldaten sieht er diese Kräfte am stärksten verkörpert. Aber die polnische Volksgemeinschaft hatte für den polnischen Soldaten nichts übrig: „Nicht nur“, sagt Piłsudski in bezug auf das Jahr 1863, „daß sich alle dem Heeresdienst zu entziehen suchten, daß der Militärdienst etwas war, was aus dem Gedankenkreis der Polen ausgeschaltet war; sondern sogar alle Ueberlegungen und Gedankengänge standen unter dem Zwang einer Beratung für den polnischen Soldaten. . . Fünfzig Jahre hindurch verlangte das polnische Volk nicht nach einem Heer. Aus den und jenen Gründen wagte es nicht, eine eigene Armee zu bilden, und als der Weltkrieg ausbrach, hatte es weder diesen Wunsch, noch bezeugte es ihn durch eine Willenstat“. Das tiefe Mißtrauen der polnischen Volksgemeinschaft gegen alles, was polnisch war, und deren tiefen Glauben an alles, was nicht polnisch war, zu überwinden: diese Wiederaufrichtung der polnischen Seele hat Piłsudski immer als seine wesentlichste Aufgabe empfunden. Daß er aus einer strengen soldatischen Gesinnung heraus, die zunächst immer an sich selber die höchsten Anforderungen stellt, an diese Aufgabe heranging, unterscheidet ihn und seine alten Mitkämpfer von all den anderen vielen, die auch um die Freiheit Polens zu kämpfen vorgeben, ihre Hoffnungen aber weniger auf sich selbst als auf diese oder jene Anderen setzen. In Deutschland, das eine noch tiefere seelische Erneuerung erlebt, wird gerade diese Seite der Lebensarbeit Piłsudskis einem wachen Interesse begegnen. — Generalmajor von Rabenau hat für das Buch ein gedankenreiches Vorwort geschrieben. Dr. K.

**Der Lebenskreis der bayerischen Ostmark.** Von Oskar Franz Ehardt. Eichblatt-Verlag (Max Hedler), Leipzig 1935. 24 Seiten. Preis 0,40 R.M. — Dem Bild der zermürbenden Not und des völligen Zusammenbruchs der Wirtschaft der bayerischen Ostmark stellt der Verfasser die entschlossene Tatkraft gegenüber, mit der der Nationalsozialismus durch Straßenbau, Bodenregulierung, Auftragsbeschaffung, Förderung des Fremdenverkehrs usw. neues Leben und neuen Mut in dieses Grenzland hineinträgt. Eine Schrift, die weder klagt,

noch übertrieben lobt, sondern sich zu einer Arbeit bekennet, die getan werden muß. Dr. K.

**Das Memelland in seiner Dichtung.** Von Rudolf Naujok. Druck und Verlag F. W. Ciesbert Memeler Dampfboot-WG., Memel. 1935. 126 Seiten. — Das Buch ist mehr als der Titel besagt. Indem es über die Dichtung des Memellandes berichtet, wird es zu einer Landes- und Volkstunde dieses Gebietes. Es ist verständlich, daß ein Stück Erde, das, wie das Memelland, in Neherung und Hoff, in Etrom und Moor und Heide seine landschaftlichen Besonderheiten aufweist, auch in der Dichtung seinen eigenartigen Widerhall findet, zumal in einer Zeit, deren Menschen die einsame Weite und ruhige Herbst einer Landschaft nicht mehr als abschreckend und öde empfinden. Das gilt vor allem für die Kurische Neherung, die eine ausgesprochene Landschaftsdichtung hervorgebracht hat. Und es ist weiter begreiflich, daß auch die seelischen und gesellschaftlichen Spannungen des Memellandes, die sich aus einer eigentümlichen Ueberlagerung der Volkstümer und aus einer seltsamen Durchdringung von Bodenverbundenheit und Meeressehnsucht ergeben, in der Dichtung ihren Niederschlag finden. Unter Dichtung versteht Naujok in seiner Schrift jedes schöpferische Erzeugnis: Romane, Dramen, Verse und Feuilletons, aber auch Biographien, Märchen und Sagen. Er beschränkt sich nicht auf die Dichtung der Gegenwart, sondern geht in seiner Darstellung zurück bis auf die Zeit Ludwig Rhefals und E. E. A. Hoffmanns, und er verfolgt, welche Wandlungen in der Einstellung zur Landschaft und ihren Menschen die Dichtung im Laufe der Generationen durchgemacht hat. Man wird nicht alles, was Naujok über die Darstellung des Memelländers in der memelländischen Dichtung sagt, gutheißen können. Vor allem ist es bedauerlich, daß er sich die literarische Uebersteigerung des „Ostlichen“ oder „Russischen“ in der Seele des Memelländers zu eigen macht, wie sie bei Alfred Brust zu finden ist, der durch seine von der früheren Berliner Asphaltpresse so stark propagierten Romane viel dazu beigetragen hat, dem Deutschen „im Reiche“ eine verzerrte, fremdwirkende Vorstellung von Ostpreußen und seinen Menschen zu geben. Dr. K.

Am 1. April 1936 entschlief nach schwerem Leiden in Bad Kötz, wo er Heilung suchte, mein geliebter herzenguter Mann und lieber Schwiegersohn

**Rag Schröder, Kaufmann**

im 55. Lebensjahre.

In tiefer Trauer

**Emmy Schröder, geb. Kurowski**

**Emilie Kurowski, geb. Theuerkauff**

Sohn: Hamburg, Winterhuberweg 33  
 Tochter: Wellingsbüttel b. Hbg., Waldstraße 8

(früher Bromberg)